

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Thilo Kleibauer, Prof. Dr. Götz Wiese,
Dr. Anke Frieling, David Erkalp, Eckard Graage, Sandro Kappe, Stephan Gamm,
Dennis Gladiator, Andreas Grutzeck, Ralf Niedmers, Richard Seelmaecker,
Silke Seif, Birgit Stöver und André Trepoll (CDU)**

und

**der Abgeordneten David Stoop, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, Heike Sudmann, Insa Tietjen
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Dubiose Vergabe des Fintech-Accelerators mit massiver Einflussnahme
des SPD-Finanzsenators aufklären**

Die Stadt hat im Oktober 2021 mit der Handelskammer und dem Branchenverein Finanzplatz Hamburg einen „Masterplan für die Finanzwirtschaft 2021-2025“ unterzeichnet. Eine der darin festgeschriebenen Maßnahmen ist der Aufbau eines Förderprogramms für junge, digitale Finanzunternehmen in Hamburg. Im April 2021 forderte die rot-grüne Regierung in ihrem Antrag zum Aufbau einer langfristigen Strategie zur nachhaltigen Weiterentwicklung des Finanzstandortes Hamburg bereits die Schaffung eines Accelerators, „um junge FinTechs beziehungsweise InsureTechs anzusiedeln und diese mit etablierten Marktteilnehmern zu verknüpfen, um Innovations- und Wachstumspotenziale zu heben“ (Drs. 22/4072 vom 21.04.21).

Zum Zeitpunkt der Antragsstellung war allerdings bereits die Vergabe an ein bestimmtes Unternehmen vorgesehen. So fanden laut der Drs. 22/6740 seit einer Vorfestlegung im Januar 2021 ausschließlich Verhandlungen mit dem Next Media Accelerator (NMA) statt, an dem maßgeblich das SPD-Mitglied Nico Lumma beteiligt ist. Eine umfangreiche Markterkundung durch die Finanzbehörde hat offensichtlich nicht stattgefunden. Die gesetzlich vorgeschriebene EU-weite Ausschreibung des 9-Millionen-Projektes fand nicht statt. In der dann im Juli 2021 erfolgten „Freiwilligen Ex-Ante-Transparenzbekanntmachung“ im „EU-Amtsblatt“ (2021/S 129-343637 vom 07.07.2021) werden dafür zahlreiche Kriterien benannt, die ausschließlich auf das Profil des NMA zugeschnitten sind.

Der Finanzsenator erklärte, dass die geforderten Kriterien für den Aufbau eines Fintech-Accelerators nicht durch einen anderen Betreiber-Kandidaten hätten erfüllt werden können. Bei „FinTech Hamburg“, einer Initiative des Vereins Finanzplatz Hamburg, sind jedoch allein 32 Unternehmen gelistet. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Accelerator-Programmen und Inkubatoren, die ebenfalls als Wettbewerber infrage gekommen wären und möglicherweise über stärkere Kompetenzen im Finanz- und Bankenbereich verfügen. So ist bei NMA und Nico Lumma keine besondere Fintech-Expertise erkennbar, wohl aber eine besondere Nähe zu städtischen Institutionen. So ist Lumma nicht nur im Vergabeausschuss für Start-up-Mittel der landeseigenen Förderbank IFB, sondern wurde im Dezember 2019 auch von Finanzsenator Dressel zum Mitglied des Verwaltungsrates der „Kasse.Hamburg“ berufen.

Inzwischen hat der Finanzsenator den geplanten Fintech-Accelerator aufgrund der Kritik an der Vergabe an NMA komplett gestoppt. Demnach sei das Projekt mittlerweile so beschädigt, dass sich dafür kaum noch private Geldgeber finden ließen. In der Folge verzichten Senat und Finanzwirtschaft gänzlich auf einen Fintech-Accelerator. Die fragwürdige und fehlerhafte Vergabe geht somit bedauerlicherweise zulasten der wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes Hamburg. Dabei hätte die Stadt diese Chance auf eine Start-up-Förderung dringend benötigt, um deutschlandweit als Innovationsstandort nicht weiter hinter anderen Bundesländern, wie Berlin und Bayern, zurückzufallen.

Auch wenn die Vergabeentscheidung inzwischen rückgängig gemacht wurde, müssen die Hintergründe des vom Finanzsenator geplanten 9-Millionen-Auftrags an einen SPD-Genossen umfassend aufgeklärt werden. Dafür müssen alle Vorgänge der Bürgerschaft transparent vorgelegt werden.

Gemäß Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung wird beantragt:

Der Senat möge der Bürgerschaft unverzüglich sämtliche Akten, Vorgänge, E-Mails, Vermerke, Verträge und sonstige Unterlagen sämtlicher Behörden, Dienststellen und privater Unternehmen vorlegen, die mit der Vorbereitung, Auswahl und Vergabe des geplanten Fintech-Accelerators in Zusammenhang stehen.